

# Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 13.05. – 17.05. 2013

Unser Projekt heißt Zukunft.  
Machen Sie mit.



SPD

## Inhalt

### 1. Amigo-Affäre

### 2. Gute Ganztagschulen für alle

### 3. Managergehälter begrenzen

### 4. EU-Beitritt Kroatiens

### 5. Null-Bilanz von Umweltminister Altmaier

### 6. Endlager für radioaktive Abfälle

### 7. Euro Hawk – Regierung wollte vertuschen



## Amigo-Affäre - Der Staat darf keine Beute von Parteien sein

Das Ausmaß der CSU-Vetternwirtschaft in Bayern ist einfach nur schamlos! Ehefrauen wurden fürstlich entlohnt und sogar minderjährige Kinder wurden von CSU-Abgeordneten auf Staatskosten „eingestellt“. Lange waren die Bayern großzügig mit der Selbstgerechtigkeit und Selbstbedienung ihrer CSU-Oberen. Seit 55 Jahren predigen sie öffentlich Wasser und saufen heimlich Wein. Über zig Skandälchen wurde lange der Mantel des Schweigens gedeckt, nun kommt eins zum anderen, reiht sich wie eine Perlschnur auf und entlarvt endlich! Die Affäre wirft aber auch noch andere Fragen auf. Was wusste Seehofer beispielsweise in Hinblick auf die Steueraffäre Hoeneß und warum hat gerade er so für das Steuerbetrug verharmlosende Abkommen mit der Schweiz geworben? Warum wurde die Kindsmutter von Seehofers unehelichem Kind ohne ordentliche Ausschreibung, dafür aber mit fürstlicher Entlohnung und sofortiger Verbeamtung bei der Bundesnetzagentur eingestellt? Dann gibt es die wohlhabende CSU-Bundestagsabgeordnete Dagmar Wöhrl, die sich im Bundestag krank meldete (spart 80 Euro), dann aber den Urlaubsflieger nach Sri Lanka nutzte.

Der größte Skandal ist jedoch die bodenlose Parteibuchwirtschaft in den Ministerien! Innenminister Friedrich hat im laufenden Personalauswahlverfahren für Juristinnen und Juristen Auswahlkriterien verändert und nun profitiert davon eine auffallend große Gruppe von Parteigängern der Union. FPD-Entwicklungsminister Dirk Niebel hat einem Bericht des ARD-Magazins Monitor vom 2. Mai 2013 zufolge seit 2009 mehr als 40 FDP-Mitglieder eingestellt. Beurteilungs- und Auswahlverfahren seien manipuliert, Beteiligungsrechte des Personalrats beschnitten worden und das alles, damit die Günstlinge der FDP auch ohne fachliche Eignung und Leistung versorgt werden.

## Gute Ganztagschulen für alle

Das deutsche Bildungswesen verfestigt soziale Nachteile. Dieses traurige Ergebnis wird leider durch unterschiedliche Studien untermauert. Schlimm genug, dass die Regierungskoalition entweder nichts tut, oder sogar diese Situation verfestigt. Kinder werden mit dem Betreuungsgeld von frühen Bildungschancen ferngehalten, Integration sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden ausgebremst.



**Gleiche Bildungschancen für alle sind aber die Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit!** Mit guten Ganztagschulen wollen wir das Bildungssystem leistungsfähiger machen und die Chancengleichheit stärken. Um unser Ziel, dass Bildung in Deutschland nicht vom Geldbeutel oder sozialen Status der Eltern abhängen darf, zu erreichen, fordern wir die Bundesregierung in einem Antrag auf ([für den Antrag bitte hier klicken](#)), das sogenannte „Kooperationsverbot“ abzuschaffen, denn nur so könnte der Bund den Städten und Gemeinden mit den notwendigen Mitteln zum Ganztagesausbau unter die Arme greifen. Zusätzlich zum erfolgreichen Ganztagschulprogramm soll ein zweites Ausbauprogramm alle Kinder und Jugendlichen erreichen. Ziel ist es, dass Bund und Länder gemeinsam 20 Milliarden Euro zusätzlich im Jahr für Bildung bereit stellen können. Zusammen mit den Kommunen muss ein „Masterplan Gute Ganztagschule“ vereinbart werden, damit sichergestellt werden kann, dass das Ganztagsangebot flächendeckend und bedarfsgerecht ausgebaut wird.

## Gigantische Managergehälter begrenzen



Ein Gehalt bekommt man für eine Leistung. Die Entlohnung hat viel mit Gerechtigkeit und Gerechtigkeits-Empfinden zu tun. Die Gehälter von Managern sind häufig allerdings so hoch, dass Leistung und Einkommen in keinem Verhältnis mehr zueinander stehen. Hinzu kommt, dass auch Gehaltserhöhungen in diesem Feld häufig exorbitant ausfallen und damit weit von der üblichen Lohn- und Einkommensentwicklung entfernt sind. Wenn noch hinzu kommt, dass kurzfristiges Gewinnstreben zu risikoreichem Handeln führt ist das völlig inakzeptabel und darf nicht noch „vergoldet“ werden.

Mit einem Antrag wollen wir die Managergehälter begrenzen ([hier geht's zum Antragstext](#)). Wir fordern von der Bundesregierung endlich gesetzliche Regelungen zu treffen, damit **Schluss ist mit völlig überzogenen Managergehältern**. Konkret möchten wir, dass sowohl Manager- als auch Vorstandsgehälter einschließlich Boni nur bis 500.000 Euro steuerlich absetzbar sein können und danach soll nur noch die Hälfte des Betrages absetzbar sein. Außerdem soll der Aufsichtsrat eine Höchstgrenze zwischen der Gesamtvergütung der Vorstände und dem durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommen festsetzen. Außerdem sollten auch Bezüge von Vorständen herab gesetzt werden können, wenn sich die Lage des Unternehmens verschlechtert. Wir sind uns sicher, dass die Begrenzung von Managergehältern, zusammen mit der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns, wieder mehr Vertrauen und soziale Balance schaffen kann.

## EU-Beitritt Kroatiens

Eine historische Abstimmung fand am Donnerstag im Plenum statt. Bei nur einer Nein-Stimme und sechs Enthaltungen stimmten die Mitglieder des Bundestages für den EU-Beitritt Kroatiens. Wir gratulieren der Republik Kroatien zum EU-Beitritt und freuen uns, die Kroatinnen und Kroaten ab dem 1. Juni 2013 in der Europäischen Union als Vollmitglieder begrüßen zu dürfen! Bei aller Freude muss man allerdings auch Lehren aus der Vergangenheit ziehen. Wir fordern daher in einem Antrag ([zum Text geht's mit einem Klick hier](#)), bei zukünftigen Beitrittsverhandlungen früher über die Bereiche Justiz, Freiheit, Grundrechte und Sicherheit zu verhandeln.

## Null-Bilanz von Umweltminister Altmaier

Nach zwölf Monaten im Amt ist die Bilanz von Umweltminister Altmaier mehr als mager. Weder bei Klimaschutz noch bei Artenvielfalt, Fracking, Emissionshandel oder der Energieeffizienzrichtlinie gibt es nennenswerte oder sichtbare Erfolge zu vermelden. Auch der Kompromiss zur Endlagersuche ist noch nicht in trockenen Tüchern (*siehe auch nächsten Artikel*).

Wir brauchen endlich eine gut gemanagte Energiewende! Stattdessen ist die Öffentlichkeit seit einem Jahr Zeuge des Dauerstreits von Herrn Altmaier und Wirtschaftsminister Rösler. **Peter Altmaier ist genauso wie sein Vorgänger Röttgen Opfer der „Methode Merkel“: Lavieren, Aussitzen, Herumeiern und Nichtentscheiden.**

Mit einem Zick-Zack-Kurs bei der Förderung werden die Erneuerbaren Energien ausgebremst. Dabei ist der Zuwachs bei den Erneuerbaren kein Problem, sondern die Chance und die Lösung für die Energiewende. Deshalb wollen wir im Gegensatz zum Umweltminister auch nicht auf die Bremse treten. Wir wollen Privathaushalte mit geringen Einkommen bei der Stromsteuer entlasten.

Beim Thema Fracking versagt Altmaier vollständig. Seit Jahren verspricht Schwarz-Gelb eine gesetzliche Regelung zum Fracking, doch sie kommt nicht. Der Umweltminister scheut die öffentliche Diskussion, ob es wirklich Sinn macht in Deutschland noch das Letzte aus dem Boden heraus zu pressen. Zwar hat auch er ein Gesetz zum Fracking angekündigt, welches aber wieder von der Kabinetts-Tagesordnung genommen wurde, weil die FDP Fracking will. Wir brauchen aber endlich eine bundeseinheitliche Regelung um unser Grundwasser zu schützen.

## Endlager für radioaktive Abfälle – der Kompromiss wackelt

**Bei der Suche nach einem Endlager muss ein Konsens zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Bund und Ländern und mit den Bürgerinnen und Bürgern gefunden werden.**

Nach zähen Verhandlungen wurde im April 2013 ein von Union, FDP, SPD und Grünen getragener Kompromiss mit den Ländern zur Endlagersuche vereinbart. Am Freitag fand die erste Lesung des Entwurfs im Bundestag statt. Die abschließenden Lesungen in Bundestag und Bundesrat sollen dann im Juni stattfinden.

Inzwischen wackelt der Kompromiss aber wieder und wir werden dem Gesetz nur zustimmen, wenn Altmaier noch seine Hausaufgaben macht. Zunächst muss glasklar geregelt sein, was mit den 26 Atommüll-Behältern passiert, die nicht mehr in das oberirdische Zwischenlager Gorleben sollen, um keine weiteren Fakten für ein Endlager im nahe gelegenen Salzstock zu schaffen. Inzwischen haben sich Schleswig-Holstein und Baden-



Württemberg zur grundsätzlichen Aufnahme in den Zwischenlagern Brunsbüttel und Philippsburg bereiterklärt, aber aus Platz- und Sicherheitsgründen ist noch ein drittes Lager nötig. Auch schwarz-gelb regierte Länder müssen sich endlich bewegen. Wichtig ist für uns auch, dass sich die großen Energieversorger, als Verursacher der Misere, mit Milliardenbeiträgen beteiligen müssen.

## Euro Hawk - Regierung wollte vertuschen

**In das Aufklärungssystem Euro Hawk wurden zwei Jahre lang Haushaltsmittel gesteckt. Sollte das Projekt nun komplett scheitern, hätten die Verantwortlichen bis zu 680 Millionen Euro Steuergelder verbrannt und das ohne das Parlament zu informieren!**

Es bedurfte hartnäckigen Nachfragens unserer Fraktionsmitglieder aus der Arbeitsgruppe Sicherheit und Verteidigung, um das Versagen des Verteidigungsministeriums bei der Beschaffung und Entwicklung des Aufklärungssystems Euro Hawk aufzudecken. Wie das Ministerium im Verteidigungsausschuss zugeben musste, ist spätestens seit 2011 bekannt, dass es enorme Probleme gibt, eine Luftfahrtzulassung dafür zu bekommen, da notwendige Dokumentationen des Herstellers nicht beigebracht werden können.

Darüber, wer die Verantwortung für die Vertragsabwicklung trägt und warum das Parlament bzw. die zuständigen Ausschüsse darüber im Unklaren gelassen wurden, gab es in dieser Woche keine klaren Auskünfte. Fest steht, dass ein Staatssekretär im Verteidigungsministerium das Projekt jetzt stoppte. Auf jeden Fall zwei Jahre zu spät! Pikanter Effekt am Rande: noch letzte Woche lies das Verteidigungsministerium einen Bericht im Kabinett verabschieden, in dem dieses Beschaffungsvorhaben aufgeführt ist.

### **Unsere Tipps:**

- **Wettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“:** Bis zum 30. Juni 2013 können deutschlandweit Unternehmen und Forschungsinstitute, Kunst- und Kultureinrichtungen, Universitäten, soziale Einrichtungen und Initiativen unter [www.ausgezeichnete-orte.de](http://www.ausgezeichnete-orte.de) an dem Wettbewerb zum Thema „Ideen finden Stadt“ teilnehmen.

- **Tag der Musik:** Vom 14. – 16. Juni 2013 können Sie und Ihr beim Tag der Musik kulturelle Vielfalt live erleben und das in ganz Deutschland. Infos gibt es unter [www.tag-der-musik.de](http://www.tag-der-musik.de).

**Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!**

V.i.S.d.P.:  
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia